

# Den Mythos entlarven

Privatisierung der Zahnmedizin führt nicht zu mehr Eigenverantwortlichkeit

(cs) – Gerade in Zusammenhang mit den jüngsten gesundheitspolitischen Diskussionen wurde und wird der deutschen Bevölkerung immer wieder suggeriert, dass, je mehr ihr an Kosten für Zahnbehandlungen bzw. Zahnersatz auferlegt würde, deren medizinische Eigenverantwortlichkeit steigen wird. Sozusagen eine über das eigene Geldsäckel bewusste Steuerung des präventiven Verhaltens. Als Vorbild wird dann zumeist die Schweiz genannt, deren Zahngesundheit vor allem auf Grund des finanziellen Drucks infolge der zum größten Teil selbst zu zahlenden Leistungen so musterhaft wäre. Dass dem keinesfalls so ist, belegt ein jüngst in der „Deutschen Zahnärztlichen Zeitschrift“ veröffentlichter Artikel, nach dem die zwischen Deutschland und der Schweiz tatsächlich bestehenden

Unterschiede bezüglich Zahngesundheit überhaupt nicht so gravierend sind, wie stets behauptet wird. Vielmehr müsse man endlich den „in Deutschland gepflegten ‚Mythos Schweiz‘ als das entlarven, was er wirklich ist: Politische Propaganda auf der Grundlage einseitig interpretierter wissenschaftlicher Daten.“ Denn genau diese Daten sind es, die belegen, dass das zwischen beiden Ländern doch sehr variierende Versicherungssystem (Deutschland mit der gesetzlichen Krankenversicherung, die Schweiz mit privater Finanzierung) auf die medizinische Eigenverantwortung keinen größeren Einfluss zu haben scheint. Zudem gibt es keine Daten, „die nahe legen, dass in der Schweiz auf Grund einer privaten Honorierung zahnärztlicher Leistungen z.B. der Süßigkeiten- oder Nikotin-

konsum niedriger wäre als in Deutschland.“ Die jährlichen Pro-Kopf-Ausgaben für zahnärztliche Leistungen liegen ebenfalls trotz der stark unterschiedlichen Versicherungssysteme kaum auseinander. Wenn man also von verändertem Verhalten auf Grund finanzieller Druckausübung sprechen kann, dann führt diese hier wie dort eher zu einer geringeren Inanspruchnahme zahnärztlicher Leistungen als zu einem verbesserten Gesundheitsverhalten. So sind Karies bzw. parodontale Erkrankungen in den letzten Jahren sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland deutlich rückläufig. Lediglich der Umstand, dass im Nachbarland schon wesentlich eher auf die Prävention oraler Erkrankungen geachtet wurde, hat die Schweizer den



Kariesrückgang zeitiger verzeichnen lassen. Was die mangelnde Zahngesundheit sozial schlechter gestellter Bevölkerungsgruppen angeht, unterscheidet sich Deutschland ebenfalls kaum von seinem Nachbarn. Hüben wie drüben suchen diese den Zahnarzt sel-

tener auf und haben somit nachweislich „einen wesentlich niedrigeren zahnärztlichen Versorgungsgrad als Gutsituerte“. Insofern scheint es keine plau-

sibel begründbaren Fakten zu geben, die belegen, dass durch eine Privatisierung der Zahnmedizin sich die Mundgesundheit in Deutschland spürbar verbessern ließe. **ZT**

ANZEIGE



## Starker Partner an Ihrer Seite

„Gemeinsam noch stärker!“ – dieses Motto prägt die Arbeit der VUZ seit der Gründung im Jahre 1995. Denn eines ist klar: Wenn es um steigenden Kostendruck, gesundheitspolitische Zwänge, höhere Qualitätsanforderungen der Zahnärzte und den immer stärkeren Einsatz von computerunterstützten Geräten geht, kann man in einer starken Gemeinschaft viel mehr bewegen als alleine.

Die Ziele der VUZ sind in der Satzung klar definiert:

- die Schaffung und Einhaltung anspruchsvoller Qualitätskriterien
- die Sicherung Ihrer wirtschaftlichen Existenz als VUZ-Partnerlabor

Um diese Ziele zu erreichen sind Anpassungen und Veränderungen notwendig, die bereits heute vorgenommen werden müssen.

Die VUZ bietet Ihnen Hilfsmittel an, um diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

Als starker Partner an Ihrer Seite unterstützen wir Sie in vielen Bereichen. Wenn Sie mehr über die VUZ wissen wollen, sprechen Sie am besten persönlich mit uns.

Ihr Ansprechpartner ist Jörg Teichert, Telefon 0 23 63 - 73 93 0.

Oder schreiben Sie uns. Wir informieren Sie gern.



VUZ Markenprodukte für die Zahntechnik  
www.ek-dental.de

Vereinigung Umfassende Zahntechnik  
Emscher-Lippe-Str. 5  
45711 Datteln  
www.vuz.de



Qualitätsverbund Zahntechnik

## Zahnersatz lieber gesetzlich versichern

Mehrheit der Bevölkerung vertraut laut EMNID-Umfrage der GKV

Essen (kh) – Über zwei Drittel der Deutschen, die in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert sind, wollen dort auch künftig ihren Zahnersatz versichern. Das ergab eine Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut EMNID im Auftrag der Essener Krankenkasse KTP – BKK Krupp Thyssen Partner durchführte. Ab 2005 wird der Zahnersatz aus der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ausgegliedert und in eine Zusatzversicherung überführt. Die Patienten sollen dann zwischen einer Extra-Versicherung in der GKV und einer Privatversicherung wählen können. Der Umfrage zufolge wollen 61 % der Befragten bei ihrer Krankenkasse bleiben, 10 % waren allerdings schon privat versichert. Immerhin 22 % entschieden sich für die Option, ihren Zahnersatz privat zu versichern. Noch keine Meinung zu diesem Thema haben 7 % der Befragten. Unterschiede gibt es zwischen Ost und West sowie je nach Ge-

schlecht und Bildungsgrad. So neigen zum Beispiel mehr Frauen (63 %) als Männer (59 %) zu einer Mitgliedschaft in der GKV. KTP-Vorstand Reiner Geisler sieht in den Umfrageergebnissen einen Auftrag. Seine Versicherung werde ein Angebot erarbeiten, das vor allem durch guten Service überzeuge. „Damit können wir hoffentlich, bis es soweit ist, auch noch einen Teil der Menschen für die Solidargemeinschaft gewinnen, die sich jetzt noch mit Abwanderungsgedanken tragen.“ **ZT**

ANZEIGE



## Einheitspreis sorgt für Aufregung

Fortsetzung von Seite 1

Letztlich haben die Bemühungen des Verbandes dazu geführt, dass ein Änderungsantrag in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht wurde. Dieser beseitigt leider nicht das Einheitspreissystem mit der Zwangsabsenkung. Jedoch soll durch die Möglichkeit, dass die ermittelten bundeseinheitlichen durchschnittlichen Preise um 5 % unter- oder überschritten werden können, eine schlagartige Absenkung vermieden werden. Leider werden die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen auf die Unternehmen dadurch nicht vermindert. Die Gedanken zu einem bundeseinheitlichen Höchstpreis sind nicht neu. Hat doch der Vorstand des VDZI hierzu zwei Beschlussempfehlungen (V-19/2003) in der außerordent-

lichen Mitgliederversammlung am 21.03.2003 in Kassel vorgelegt. Darin wollte der VDZI die Leistungspreise in den Jahren 2004 bis 2005 in einem Angleichungsprozess zusammenführen. Wie jetzt auch im Gesetz vorgesehen, sollte die Verhandlungskompetenz beim VDZI liegen. Diese Beschlussvorlagen wurden nach langer Diskussion nicht verabschiedet. Stattdessen wurde ein Antrag der Zahn-techniker-Innung Sachsen-Anhalt einstimmig beschlossen, der dem VDZI den Auftrag gibt, die betriebswirtschaftlich dringend notwendige, schrittweise Anpassung der Vergütung für zahntechnische Leistungen in den neuen Bundesländern an das durchschnittliche Vergütungsniveau der alten Bundesländer gesetzlich zu regeln und abzusichern. **ZT**